

Unverantwortliche Angstmache von Minister Starlinger!

Presse-Aussendung der „Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“, 18.9.2019

„Verteidigungs“-Minister, General Thomas Starlinger fordert mit unverantwortlichem Alarmismus, ja mit Angstmache, bis zu 16 Milliarden Euro für das Bundesheer für die nächsten Jahre. Allein schon fast 1 Milliarde Euro mehr für 2020. Er droht der Bevölkerung unverblümt mit „Schutzlosigkeit“. Das ist unverantwortlich, hat aber Methode. Vom Bundespräsidenten abwärts und alle Parteien wollen entweder eine milliardenschwere Aufrüstung des Bundesheeres (ÖVP; FPÖ; SPÖ, Grüne), mit engster Kooperation mit der EU-„Verteidigung“, sprich EU-Militarisierung im Rahmen der EU-„Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ / SSZ/PESCO), für ein Berufsheer (Starlinger war und ist wie Bundespräsident Van der Bellen, die Grünen und die Liste Jetzt/Pilz für ein Berufsheer) oder gleich direkt für eine Eingliederung des Bundesheeres in die EU-Armee (NEOS). Die Drohung des Minister-Generals Starlinger, dass Österreichs Neutralität und Sicherheit, der Katastrophenschutz gefährdet, bedroht und nicht mehr gewährleistet sei, wenn er nicht die Milliarden erhalte, soll Österreich in diese EU-Militarisierung führen. JA zu einem Bundesheer, das Neutralität und Katastrophenschutz garantiert. Nein zu einem Bundesheer, das unter der Hand zum Berufsheer umgewandelt und in die EU-Aufrüstungspläne, v.a. in Kooperation mit Deutschland, hineingezogen wird. General Starlingers Drohung im Gewand des „unabhängigen Ministers“ ist ein riesengroßes und todesgefährliches Ablenkungsmanöver.

Denn noch so viel Aufrüstung, kann einen Terrorangriff (wie ihn Starlinger als „Grund“ nannte) nicht verhindern (siehe Drohnenangriff auf Ölfelder im hochgerüsteten Saudi-Arabien, das mit den hochgerüsteten USA verbündet ist). Im Gegenteil: Je mehr Österreichs „Verteidigungsminister“ Starlinger die Neutralität (Verfassungsgesetz!) unseres Landes durch Aufrüstung untergräbt, aushöhlt und an die EU-Militarisierung angliedert, umso eher wird Österreich zum Angriffsziel, weil wir dadurch „Partei“ und eben nicht mehr neutral sind. Der Schutz der Neutralität beginnt bei einer Friedenspolitik, bei einer aktiven Neutralitätspolitik und nicht bei Aufrüstung des Bundesheeres für Teilnahme an EU- oder NATO-Auslandsteilnahme an Militäreinsätzen.

Nicht das Bundesheer ist konkursreif, wie General Starlinger behauptet, sondern diese Art von Verteidigungspolitik. Diese Aufrüstungspolitik widerspricht total der Neutralität und dem Neutralitätsgesetz, das im Verfassungsrang steht. Starlingers Drohung und Angstmache und die Forderung nach Aufrüstungs-Milliarden, das ist nicht verfassungskonform, ja Verfassungsbruch.

„Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“, Rückfragen an: ggae@gmx.at

Infos zur Person von General Thomas Starlinger:

"Im Dezember 2007 wurde Starlinger durch den österreichischen Bundesminister für Landesverteidigung zum Kommandanten der 7. Jägerbrigade mit sechs Bataillonen und insgesamt 3.200 Soldaten bestellt." Von November 2008 bis Mai 2009 übernahm Starlinger das Kommando der Multinationalen Task Force South (MNTF S) der Kosovo-Schutztruppe KFOR mit 3500 Soldaten aus Bulgarien, Deutschland, Österreich, Schweiz und Türkei. Gemeinsam mit dem deutschen Kontingentführer, Brigadegeneral Harald Fugger, intensivierte er während dieser Zeit die Zusammenarbeit staatlicher und nicht-staatlicher Organisationen beim Wiederaufbau des Kosovo. Im Dezember 2012 übernahm Starlinger die Aufgaben als Stellvertreter Chef des Stabes Unterstützung des Kommando Operative Führung Eingreifkräfte (seit Juli 2013 Multinationales Kommando Operative Führung) in Ulm als Nachfolger von Brigadier Karl Pronhagl, um im Juli 2013 die Position des Stellvertreters Chef des Stabes Operationen zu übernehmen. 2017 wurde Starlinger, der als Befürworter eines Berufsheeres gilt, Adjutant des neu gewählten Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen (Quelle: Wikipedia)